

Ist die Thüringer LINKE zur Regierungsübernahme bereit?

Zum Beitrag von Matthias Bärwolff „DIE LINKE auf dem Weg zur Regierungspartei?“- UNZ 18/07

von Frank Kuschel

Am fehlenden Selbstbewusstsein wird eine Regierungsübernahme der LINKEN in Thüringen spätestens 2009 nicht scheitern.

Wir sind bereit, ist die meist gegebene Antwort von Linkspolitikern, auf die Frage einer Regierungsbeteiligung 2009 in Thüringen. Doch sind wir auch in der Lage, diese Verantwortung zu übernehmen? Will man hierauf eine Antwort geben, muss zunächst erörtert werden, ob unter den gegebenen politischen, ökonomischen, rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen aus der Regierungsverantwortung eine linke sozialistische Politik gestaltbar ist. Die Erfahrungen aus Mecklenburg-Vorpommern und Berlin lassen eine Antwort leicht erscheinen: NEIN.

Doch so einfach sollten wir uns es in Thüringen nicht machen. Unbestritten sind wir uns einig, dass eine Politik, die sich ausschließlich auf das Regieren konzentriert, unseren eigenen Ansprüchen der sozial gerechten Ausgestaltung unserer Gesellschaft kaum gerecht wird. Gesellschaftliche Veränderungen werden gegenwärtig und künftig nicht mehr nur durch Politik getragen, sondern im zunehmenden Maße durch gesellschaftliche und soziale Bewegungen. Dem muss sich auch eine Regierungspartei annehmen. Die Erfahrungen auf kommunaler Ebene belegen das. Dort wo Bürgermeister gemeinsam mit ihren Bürgern um Lösungen streiten und ringen, sind Erfolge erkennbar. Eine einseitig aus Verwaltungssicht ausgerichtet Kommunalpolitik verliert zunehmend den Bürger aus dem Blick und führt zur Entfremdung der Politik zum Bürger.

Die Gestaltungsmöglichkeiten auf Landesebene sind durchaus erkennbar, aber auch unbestritten begrenzt. Steuerpolitische Entscheidungen und diese sind auch für linke Gestaltungsspielräume unverzichtbar, werden nun mal auf Bundesebene entschieden. Die Länder wirken über den Bundesrat mit. Deshalb wird es wichtig sein, den Menschen deutlich zu sagen, was ist möglich und was nicht. So genannte unpopuläre Maßnahmen sind dabei im Einzelfall nicht zu vermeiden. Viele Menschen können hierfür Verständnis aufbringen. Was Bürger nicht verstehen und wodurch Misstrauen erzeugt wird, ist die Rechtfertigung unpopulärer Maßnahmen durch die, die vorher in Opposition genau das Gegenteil forderten. Auch hier kann die kommunale Ebene auf Erfahrungen verweisen. Wir sind gegen Straßenausbaubeiträge, aber unsere Bürgermeister erheben sie. Dies ist den Bürgern vermittelbar, solange Bürgermeister verdeutlichen, dass es bestimmte gesetzliche Zwänge gibt, die Vision der Abschaffung aber bleibt. Anders dort, wo auf einmal die Erhebung der Beiträge vehement verteidigt wird. Da treten Irritationen auf und Bürger werden zurecht misstrauisch.

Gesellschaftliche Visionen darf auch eine Landesregierung nicht ablegen, bei aller Konzentration auf das Pragmatische. Mit dem Landtagswahlprogramm 2004 haben wir in Thüringen solche Visionen entwickelt. Sie sollten wir nicht leichtfertig in Frage stellen, sondern vielmehr weiterentwickeln, egal ob es um Bürgerbeteiligung, Verwaltungs- und Gebietsreform oder Straßenausbaubeiträge geht, um nur drei Beispiele zu nennen.

20. September 2007